

Inserate

werden angenommen

In Bosen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gul. Ad. Schleg, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitenstr.-Ecke, Otto Meißel, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:

i. B. F. Gadsfeld in Bosen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Inserate

werden angenommen in den Städten der Provinz Bosen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Aud. Kasse, Kaufmann & Vogler A.-G., G. L. Haube & Co., Zwickaustr.

Verantwortlich für den

Inseratenthel: F. Klugkist in Bosen.

Nr. 254

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, am Sonntag und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Bosen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 9. April.

Inserate, die schmalere Zeilen ober deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Politische Uebersicht.

Bosen, 9. April.

Der Bundesrath hat sich gegenüber dem nahezu einstimmigen Votum des Reichstags gefügt und, wie schon mitgetheilt, das Gesetz betr. die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften in der vom Reichstage beschlossenen Fassung einstimmig angenommen. Danach erhalten die Familien der aus der Reserve, Landwehr, der Seewehr, sowie der aus der Ersatzreserve für die zweite oder dritte Uebung eingezogenen Mannschaften vom 1. Juli 1892 ab auf Verlangen Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln. Der Anspruch ist ausgeschlossen, wenn der Uebungspflichtige zu denjenigen Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamten gehört, denen in der Zeit der Einberufung zum Militärdienste ihr persönliches Dienstinkommen gewahrt ist. Dagegen werden Unterstützungen nach Maßgabe des Gesetzes auch rückichtlich solcher Friedensübungen gewährt, die ganz oder theilweise in der Zeit vom 1. April bis 1. Juli d. J. stattfinden. Die vierwöchige Frist zur Anbringung des Unterstützungsanspruchs beginnt, wenn die Uebung vor dem 1. Juli beendet ist, mit diesem Tage. In allen Fällen ist der Anspruch auf Unterstützung bei der Gemeindebehörde des Ortes anzubringen, in dem der Unterstützungsberechtigte zur Zeit des Beginns der Uebung seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat. Der Anspruch erlischt, wenn derselbe nicht binnen 4 Wochen nach Beendigung der Uebung erhoben wird. Die Unterstützungen betragen für die Ehefrau 30 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes für erwachsene männliche Arbeiter am Aufenthaltsort des Einberufenen, für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen 10 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes; aber insgesamt für eine Familie nicht mehr als 60 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes. Zu den sonst unterstützungsberechtigten Personen gehören 1) eheliche und den ehelichen gleichgestellte Kinder unter 15 Jahren und 2) Kinder über 15 Jahre und Verwandte in aufsteigender Linie und Geschwister, insofern sie von ihm unterhalten werden oder das Unterhaltungsbedürfnis erst nach erfolgtem Dienstantritt hervorgetreten ist. Treffen diese Voraussetzungen zu, so kann auch den Verwandten der Ehefrau in aufsteigender Linie und ihren Kindern aus früherer Ehe eine Unterstützung gewährt werden.

Die „Danz. Ztg.“ verzeichnet ein Gerücht, demzufolge man es „nicht für ausgeschlossen“ halte, daß der Zar die Rückreise von Kopenhagen, wohin er sich zu der goldenen Hochzeitsfeier des Königs paares begiebt, wieder über Danzig mache und dort eine Begrüßung mit dem Kaiser und der Kaiserin statfinde. Nach der „Danz. Ztg.“ wird das Kaiserpaar in den Tagen vom 15. bis 17. Mai in Danzig anwesend sein. Die goldene Hochzeitsfeier in Kopenhagen findet aber erst am 26. Mai statt. Wenigstens bezeichnet der Gothaisch. Kalender diesen Tag als den Hochzeitstag des Königs Christian mit der Prinzessin Louise von Hessen-Kassel. Die Daten stimmen also nicht.

Die freien Hilfskassen der Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) denken nicht daran, angesichts der Erschwerungen, welche das neue Krankenversicherungsgesetz enthält, die Flinte ins Korn zu werfen. Noch ehe das Gesetz publizirt ist, hat nach einer Mittheilung des „Gewerksvereins“ die Generalversammlung der Kranken- und Begräbnißkassen des Gewerksvereins der deutschen Schneider (ca. 2300 Mitglieder) letzten Sonntag einstimmig die durch das Gesetz notwendig werdende Abänderung ihres Statuts beschlossen, um auf Grund desselben die Rechte aus § 75 des Gesetzes zu beanspruchen.

Die Ziffern des Exports aus Norddeutschland nach den Vereinigten Staaten von Amerika während der ersten drei Monate dieses Jahres liegen zwar noch nicht vollständig vor, lassen jedoch erkennen, daß der Rückgang ein andauernder und beträchtlicher ist. Vermuthlich wird der Gesamtumsatz aus allen dem Generalkonulat Berlin unterstellten Distrikten, wie man der „Nat. Ztg.“ berichtet, etwa acht Millionen Mark betragen. Bis jetzt ist ein Minus gegen das erste Vierteljahr 1891 konstatiert in Hamburg von 1 286 101 Dollars oder allein dort von mehr als fünf Millionen Mark; nach der dem genannten Blatte vorliegenden Liste ist nicht ein einziges Pfund Zucker exportirt worden. Die Stadt Berlin ist an dem Ausfall mit einer Million Mark theilhaftig. Davon entfallen 200 000 Mark auf Handschuhe und ebenso viel auf Kleiderstoffe, der Rest auf ganz billige, für den Massenkonsum verfertigte Galanterie-Waaren, die fast ausschließlich nach den Südstaaten der Union gingen und dort bei der Negerbevölkerung Absatz fanden. Die letztere ist in Folge der Baumwolle-Kalamität jetzt nicht kaufkräftig.

Chemnitz fehlt noch in der Liste. Daß dort ein beträchtlicher Ausfall vorhanden ist, wird halbamtlich gemeldet. Doch wird behauptet, daß derselbe nicht auf Verminderung der exportirten Quantitäten, sondern auf den (allerdings auch durch die Mac Kinley-Bill bedingten) Rückgang der Preise zurückzuführen ist. Auch aus Krefeld ist man auf schlimme Nachrichten gefaßt. Dem gegenüber kann es nicht ins Gewicht fallen, daß Hannover eine Zunahme von 20900 Dollars hat (zumeist Kanarienvögel aus dem Harz) und daß Plauen mit einem Plus von 69200 Dollars, Dresden mit 139970 Dollars aufgeführt ist. Den großen Ausfällen gegenüber spielen diese kleinen Aufbesserungen keine Rolle.

Für die Ostseeprovinzen ist soeben eine wichtige Entscheidung des Zaren in russifikatorischem Sinne getroffen worden. Im Jahre 1887 hatte die livländische Ritterschaft, als das neue russische Schulgesetz die deutschen Gymnasien mit Entnationalisirung bedrohte, bei der Regierung darum nachgesucht, für die von ihr aus eigenen Mitteln unterhaltenen Landesgymnasien zu Fellin und Wenden die deutsche Sprache beibehalten zu dürfen unter der Bedingung, daß in einer neu zu gründenden Selektta der gesammte Lehrstoff russisch wiederholt und die Abiturientenprüfung in russischer Sprache gemacht würde. Auf diese Weise wäre die Entnationalisirung der Schule verhindert worden, gleichzeitig aber hätte man den Anforderungen des Staates genügt, welcher eine genaue Kenntniß der Reichssprache für die Zukunft verlangte. Das Gesuch wurde kurz und schroff abgeschlagen, es genügte der Regierung eben nicht das gründliche Erlernen des Russischen, der „russische Geist“ selbst sollte mit all seinem Gefolge in den Gymnasien eingeführt werden. Als Antwort auf die Zurückweisung des Vermittelungsvorschlages erfolgte darauf der einmüthige Beschluß der baltischen Ritterschaften, ihre Schulen zu schließen. Bald darauf glaubte die livländische Landesvertretung aus Verschiedenem, namentlich aus einer Aeußerung der Zarin gegenüber einem Großwürdenträger zu entnehmen, daß der einschneidende ministerielle Bescheid nicht auf Befehl des Zaren ergangen, ja daß der ritterschaftliche Vermittelungsvorschlag überhaupt nicht zu seiner Kenntniß gelangt sei. In Folge dessen entschloß man sich vor einigen Monaten in Riga, den schon ein Mal gemachten Vorschlag zu erneuern. Soeben nun ist die Antwort auf diesen letzten und äußersten Versuch, eine deutsche Schule in Livland sich zu erhalten, erfolgt. Sie lautet abweisend wie das erste Mal, und jetzt unterliegt es keinem Zweifel, daß der Zar sich mit ihr in Uebereinstimmung befindet.

Rußland und sein eigentlicher Vertreter in Belgrad, der dortige Rabinetschef Paschitsch, haben einen Erfolg errungen. Der erst begnadigte Emigrant Kosta Zwanow, Schwager des serbischen Ministerpräsidenten, welcher die Geheimnisse des Odesiaer Ausschusses aufgedeckt hat und dafür zum Sekretär im Ministerium in Sofia ernannt wurde, ist der bulgarischen Fahne wieder untreu geworden. Es wird der „Bos. Ztg.“ aus Belgrad gemeldet:

Wie mir der hiesige bulgarische Vertreter Goranow mittheilt, sandte der begnadigte Emigrant und ehemalige Präsekt von Sofia, Kosta Zwanow den Begnadigungsakt an den Fürsten Ferdinand zurück, weil er von demselben keinen Gebrauch mehr machen könne.

Gestern war berichtet worden, daß die serbische Behörde Zwanow, der seine Familie abholen wollte, nicht reisen lasse, bis derselbe seine Schulden in Belgrad bezahlt habe. Jedemfalls sind eigenthümliche Mittel angewendet worden, Zwanow wieder ins russische Lager zu bringen.

Auf dem internationalen Kongreß der Bergleute in London, der am 7. Juni und den folgenden Tagen in Westminster Town Hall stattfindet, wird der deutsche Bergarbeiter-Verband, wie der „Volksztg.“ soeben ein Telegramm aus Bochum meldet, die Einführung chiffirter Telegramme und einer Geheimschrift zur Streikzeit beantragen. Die deutschen Delegirten Schröder und Meyer dürften auf dem Kongreß ziemlich stark hervortreten, nachdem sie bei den Knappschaftswahlen nennenswerthe Erfolge erzielt haben. Herr Schröder hat übrigens am 30. März eine Gefängnißstrafe von 30 Tagen angetreten, um zur Zeit des Kongresses wieder frei zu sein. Mit den Vorbereitungen des Kongresses sind die Herren B. Pickard und Barnsley-Yorkshire beauftragt worden; um die Ausgaben des Kongresses zu decken, hat man zu dem Mittel gegriffen, von jedem Delegirten einen Eintritt von 10 Mark zu erheben. Daß außer aus Deutschland auch Delegirte aus Frankreich, Belgien und Oesterreich kommen werden, ist ganz zweifellos. Die Kassenverhältnisse bei den deutschen Bergleuten sind gerade nicht sehr günstig; aber soviel Geld ist immer noch zusammengebracht worden, um für eine Vertretung ihrer Interessen auf den Kon-

gressen zu sorgen. In Oesterreich dagegen scheint bei den Bergleuten herzlich wenig Opferfreudigkeit zu sein; um die Kosten für zwei Delegirte zusammenzubringen, erläßt ein Komitee einen Aufruf, in dem es heißt: „Ohne Kohle giebt es keinen Dampf und ohne Dampf stehen alle Räder.“

Die finanziellen Schwierigkeiten Spaniens bereiten dem Ministerium schwere Sorgen. Gleich dem italienischen Kabinete sucht das spanische Ministerium durch ein Programm der Sparsamkeit über die Fährlichkeiten der wirthschaftlichen Lage hinwegzukommen. Die Regierung und die Haushalt-Kommission der Kammer haben beantragt, einen Abstrich im Betrage von 12 Millionen am Staatshaushalte vorzunehmen; die liberale Opposition versuchte nun nachzuweisen, daß es möglich sei, 33 Millionen zu ersparen, zunächst durch Verringerung des Heeres- und Marinebudgets; die republikanischen Parteien haben noch größere Ersparungen vorgeschlagen. In der letzten Kammer Sitzung wurde der liberale Antrag, welchen Moret vertheidigte, mit 62 gegen 56 Stimmen abgelehnt. Das Kabinete hatte demnach in dieser wichtigen Frage nur eine Mehrheit von sechs Stimmen.

Deutschland.

□ Berlin, 8. April. 109 Mitglieder zählt die konservative Fraktion des Herrenhauses. Davon haben 37 zu Gerichte über Herrn v. Hellendorff geessen. 35 haben seine Ausschließung verlangt, 2 waren für ihn. Der Schluß liegt nahe, daß unter den übrigen 72 Mitgliedern der Fraktion viele sind, die mit Herrn v. Hellendorff übereinstimmen, oder die mindestens nicht seine Entfernung aus der Fraktion verlangt haben würden. Für einen Theil der Konservativen des Herrenhauses mag das wohl auch zutreffen, aber die Mehrheit der Fraktion steht doch wohl auf dem Boden der „Kreuzzeitung“. Man hat einen Beweis dafür in der Dankadresse, die 85 Mitglieder dieser Fraktion an den früheren Kultusminister Grafen Zedlitz gerichtet haben. Die Beschaffung von Unterschriften unter eine Adresse kann auch geschehen, wenn die betreffenden Herren nicht in Berlin anwesend sind. Das Gerichte über Herrn v. Hellendorff aber konnte nur von den Anwesenden gehalten werden. Die Folgerung liegt nahe, daß gegen Herrn v. Hellendorff nur darum so wenige seiner bisherigen Genossen aufgetreten sind, weil überhaupt und immer nur wenige Mitglieder des Herrenhauses ihrer Pflicht nachkommen und sich während der Sitzungen in Berlin aufhalten. Bei stärkerer Frequenz der Versammlung wäre Herr v. Hellendorff ganz gewiß nur noch schlimmer weggekommen. Auch das ist bezeichnend, daß Graf Mirbach am vorigen Dienstag sich im Herrenhause sehr scharf gegen Herrn v. Hellendorff wenden konnte, ohne daß von den unter Umständen Dissidenten Jemand dagegen gesprochen hätte. Graf Mirbach ist wohl noch nicht einmal einer der Extremsten. Wir verstehen es vollkommen, wenn im Interesse einer gedeihlichen Fortentwicklung unserer Parteizustände die Sympathien in den nichtkonservativen Kreisen auf Seiten des gemäßigten Hellendorff'schen Flügels sind. Aber diese Sympathien können Herrn v. Hellendorff und seinem Anhang nichts helfen, wenn diese Richtung in den inneren Zuständen der Partei ihren Rückhalt findet. Ein objektives, die Thatsachen, wie sie sind, hinnehmendes Urtheil wird dem gouvemenentalen Konservatismus für die etwaige weitere Entwicklung der Kämpfe gewiß bedeutende Chancen zubilligen müssen, weil es wahr ist, daß die Konservativen auf die Gunst der Regierung angewiesen bleiben. Was aber die unmittelbare Gegenwart und den Ausgang der Kämpfe des Tages auf dem Boden der gegebenen Grundlagen in taktischer Hinsicht anlangt, so braucht die größere Stärke des „Kreuzztgs.“-Flügels nicht erst nachgewiesen zu werden; sie hat sich bereits mit aller Kraft bethätigt. Dies Bild kann sich, wie gesagt, morgen und übermorgen ändern; für den Augenblick sollte man es nicht in seinen wirklichen Umrislinien verwirren. — Das Attentat von Snowrazlaw trägt anarchistische Züge, aber denkbar wäre es, daß diese furchtbare That nur ein ganz gemeiner Raubmord wäre, dessen Urheber die Mode des Anarchismus mitgemacht haben. (?) Die vier Räuber sind todt, und die Untersuchung kann sich jetzt nur darauf richten, ob die Menschen Mitschuldige hatten und wo diese sitzen. Angeblich sind die Leute direkt von Berlin nach Snowrazlaw gekommen. Daß es hier eine anarchistische Gruppe in der polnischen Arbeiterwelt giebt, soll der Polizei längst bekannt sein. Ob Haus-suchungen, die heute sofort veranstaltet wurden, ein Ergebnis gehabt haben, ist im Augenblick nicht bekannt. Verhaftungen genug von Anarchisten haben in den letzten Wochen stattgefunden, aber Polen waren nicht dabei. Mit den deutschen Anarchisten, wie wir sie hier als Anhang der Jungen neuerdings haben auftreten sehen, haben die polnischen Anarchisten keine Fühlung.

